

Skandal an Universitäten: Rechnungshof deckt Schattenseite der Nebentätigkeiten auf!

Der Rechnungshof kritisiert laxen Umgang mit Nebentätigkeiten von Universitätsprofessoren und fordert mehr Transparenz in Österreich.



Innsbruck, Österreich - Der Reigen der Nebentätigkeiten an Universitäten wird sichtbar! Umstrittene Fälle stehen im Fokus – so auch der von Rummel, Geschäftsführer der HNE Rights GmbH, der 87,5 Prozent der Anteile hält. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ berichten, dass Rummel laut Uni-Satzung eine Genehmigung für Nebenbeschäftigungen hätte einholen müssen, dies jedoch nicht tat. Während er in seinen Bewerbungsunterlagen das Unternehmen offengelegt hat, stellte das Büro von Landeshauptmann Stelzer klar, dass seine Angaben der Wahrheit entsprechen und keine Nebeneinkünfte vorliegen. Die brisante Frage bleibt: Warum hat

er das nicht vorher gemeldet?

Rechnungsprüfer fordern mehr Transparenz

Gerade jetzt, wo der Rechnungshof in seinem aktuellen Bericht Alarm schlägt! Der RH kritisiert die lückenhafte Meldung der Nebenbeschäftigungen von Universitätsprofessoren. In einem aufschlussreichen Vergleich zwischen der Uni Wien und der Uni Innsbruck wird deutlich: Trotz doppelt so vieler Professoren in Wien gab es dort nur halb so viele Meldungen zur Nebentätigkeit. Während in Innsbruck eine deutliche Offenheit herrscht, ist die Uni Wien ein regelrechter Dunkelraum für solche Angaben, wie der Rechnungshof feststellt!

Zudem fordert der RH ein öffentliches Register nach Vorbild der Schweiz, um genauere Transparenz über diese Geschäfte herzustellen. Die bisherige Praxis, bei der die Ärzte in einem Fall eine 80-Prozent-Anstellung im Ausland aufrechterhielten, hat das Potenzial für erheblichen Missbrauch, was in Wien zu einer handfesten Krise geführt hat.

Die Meldung von Nebenbeschäftigungen scheint an den Universitäten ein schillerndes, aber schwer greifbares Thema zu sein. Es fehlt an klaren Regelungen – die Frage nach den „wesentlichen dienstlichen Interessen“ bleibt im Raum stehen, ohne dass eine Einigung erzielt werden konnte. Der Rechnungshof fordert jetzt, dass alle Professoren an ihre Pflichten erinnert werden, um die Nichteinhaltung zu verhindern. Das ist der Weckruf für die Hochschulen! Laut RH könnte die Umsetzung präziser Richtlinien dem Land nicht nur rechtliche Sicherheit geben, sondern auch zu einem echten Wissensmehrwert führen, der für die Universitäten von großem Nutzen wäre.

Lesen Sie mehr zu diesen Themen in den Berichten der **Oberösterreichischen Nachrichten** und der **Die Presse**.

Details	
Vorfall	Korruption
Ort	Innsbruck, Österreich
Quellen	• ooe.orf.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at